

A N F R A G E von Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht)

betreffend Hat die Direktion der Justiz und des Innern zu viel Geld?

Die Direktion der Justiz und des Innern (JI) hat Winterthur, Thalwil und Uster für ihr Projekt «Bürgerpartei» auserkoren. Bürgerinnen und Bürger – 20 bis 30 Personen mit Losenentscheid ausgewählt – dürfen zum Thema Klimaschutz Ideen liefern.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Unter welcher Budgetposition 2022 sind diese drei Projekte im Budget der Direktion der Justiz und des Innern oder welchen anderen Budgetposition eingestellt und mit wie viel Franken?
2. Gibt es zu diesen Projekten einen Regierungsratsbeschluss oder hat die Direktorin der Justiz und des Innern selber beschlossen?
3. Warum laufen diese «Veranstaltungen» unter der Ägide der JI und nicht der Baudirektion und/oder der Volkswirtschaftsdirektion, was wohl näherliegend wäre? Haben der Baudirektor und/oder die Volkswirtschaftsdirektorin dazu ihr Plazet gegeben oder hat die Direktorin der Justiz und des Innern einfach entschieden und verfügt?
4. Gab und gibt es Vorgaben für diese Veranstaltungen und wer hat diese ausgearbeitet und verordnet?
5. In welchem Amt werden diese Veranstaltungen ausgearbeitet und ausgewertet? Ist vorgesehen, einen Bericht zu den einzelnen Veranstaltungen zu verfassen und an wen? Wird dieser öffentlich publiziert und in welcher Form und in welchem Rahmen?
6. Sind oder werden externe Berater und Experten beigezogen? Wenn ja, wer sind diese (bitte namentlich, Position und Aufgabenbereich benennen) und was kostet deren «Arbeit» in den drei Projekten (bitte nach Projekt tabellarisch beantworten), respektive sind diese Kosten in der Beantwortung unter 1. eingeschlossen? Tagesanzeiger, 23.6.22, F. Scholz: «Die am Bürgerpanel teilnehmenden Personen erhalten die Möglichkeit, Fachpersonen zu befragen, arbeiten aber ansonsten unabhängig und selbständig in Gruppen»)?
7. Werden die involvierten Bürgerinnen und Bürger entschädigt? Wenn ja, wie?
8. Wie wird sichergestellt, dass nicht einseitige Meinungen in diesen Projekten vertreten sind und werden (gezielte Anmeldungen durch Parteien u. ideologisch orientierte Gruppierungen)? Thalwil hat zudem 150 Personen dazu genommen, die sich im Klimaschutz interessierten. Ist dies auch in Uster und Winterthur so geschehen? Was sind das für Leute?
9. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass solche einseitigen, nichtrepräsentativen Veranstaltungen Aufgabe des Staates sind und den Steuerzahlern in Rechnung gestellt werden dürfen (Vorschläge Panel Winterthur: Fleischlose Tage in Alterszentren und Horten, Nachhaltigkeitslabel und Anbauflächen für «solidarische» Landwirtschaft etc.)?

Hans-Peter Amrein